

Landtagswahl 2019

Unser Programm

für Vorarlberg.

Teil 1

Wieder mehr

Gerechtigkeit

für Vorarlberger.

Gerechtigkeit bedeutet für uns:

- **Wieder mehr zum Leben haben.**
Wir sehen es als zentrale Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass den Menschen wieder mehr zum Leben bleibt.
- **Leistung muss sich lohnen.**
Wir müssen sicherstellen, dass jene, die arbeiten und etwas leisten, nicht die Dummen sind.
- **Hilfe für die, die es brauchen.**
Wir müssen den Missbrauch unseres Sozialsystems wirksam bekämpfen und dafür sorgen, dass unser soziales Netz jene auffängt, die auch wirklich Hilfe brauchen.
- **Zuerst auf die Vorarlberger schauen.**
Wir sehen es als unsere Aufgabe, in erster Linie die Interessen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger zu vertreten.

Inhalt.

05 Wieder mehr zum Leben.

Wohnen wieder leistbar machen.
Wieder mehr für die Fleißigen tun.
Hilfe für die, die es brauchen.

09 Wieder mehr auf die Vorarlberger schauen.

Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen.
Sozialleistungen in erster Linie für Staatsbürger.

11 Vorarlberger Familien stärken.

Familiengeld in Vorarlberg einführen.
Kinderbetreuungsangebot ausbauen.

13 Frauen besser unterstützen.

Gleichberechtigung statt Gleichmacherei.
Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

15 Unsere Jugend – unsere Zukunft.

Leistungsfähiges Bildungssystem sicherstellen.
Mobilität für junge Vorarlberger fördern.

16 Altern in Würde ermöglichen.

Gerechte Pensionen sicherstellen.
Pflege nachhaltig sichern.

18 Gesundheitsversorgung verbessern.

Wartezeiten verkürzen.
Dem Ärztemangel entgegenwirken.

20 Regionalität fördern.

Zukunft für unsere heimische Landwirtschaft.
Den ländlichen Raum stärken.

22 Einsatz für Tierschutz.

Illegale Tiertransporte stoppen.
Kein Platz für Schächten.

23 Direkte Demokratie ausbauen.

Bürgernahe Politik umsetzen.
Mehr direkte Bürgerbeteiligung fördern.



Wieder mehr zum Leben.

„Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass den Menschen wieder mehr zum Leben bleibt.“

Für viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger wird es immer schwieriger, mit ihrem Einkommen über die Runden zu kommen.

Für uns ist deshalb klar: Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass den Menschen wieder mehr zum Leben bleibt.

Wohnen wieder leistbar machen.

„Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger müssen sich das Wohnen wieder leisten können.“

Die Wohnversorgung ist eines der wichtigsten Grundbedürfnisse des Lebens. Die Politik muss deshalb durch den gezielten Einsatz von Förderungsmitteln für leistbaren Wohnraum für die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sorgen. Eine ganz zentrale Rolle nimmt dabei der soziale Wohnbau ein, der bei uns im Land noch stärker forciert werden muss.

Vorarlberg hat mittlerweile die höchsten Mietpreise.

Eine im März 2019 präsentierte Studie zeigt, dass wir in Vorarlberg mittlerweile die höchsten Mietpreise im Bundesländervergleich zu verzeichnen haben. Auch der Anstieg der Mieten mit einem Plus von 11 Prozent im Jahr 2018 war in Vorarlberg am stärksten.

Für viele entwickeln sich diese hohen Wohnkosten immer mehr zum Problem, weil sie einen immer größeren Teil des Einkommens verschlingen. Speziell für junge Menschen, Familien und Alleinerzieher ist geeigneter Wohnraum oft nur schwer leistbar. Anstatt dieses Problem nur schönzureden, müssen wir endlich mutig Lösungen umsetzen.

Leistbare Startwohnungen für junge Menschen und Familien.

Mit Stichtag 15.4.2019 waren bei den Gemeinden in Vorarlberg 5.878 Personen bzw. Haushalte als wohnungssuchend vorgemerkt. Davon sind 1.983 Anträge von Personen unter 30 Jahren gestellt worden.

Daher wollen wir ergänzend zum notwendigen Ausbau des Wohnungsangebots, in Vorarlberg ein eigenes Programm für leistbare Startwohnungen für junge Menschen und Familien umsetzen und im Rahmen der Wohnbauförderung nach Vorbild des Landes Oberösterreich das Projekt „Junges Wohnen“ ins Leben rufen.



Das „Junge Wohnen“ zeichnet sich durch maßgeschneiderte und für junge Menschen und Familien leistbare Wohnungen aus, für welche kein Eigenmitteleinsatz zu leisten ist und die Mietpreise bieten, die auch für junge Menschen leistbar sind. Gefördert wird die Errichtung von günstigen Mietwohnungen für junge Menschen und Familien.

Eigentumserwerb erleichtern.

Damit es in Zukunft für die Menschen wieder leichter wird, Wohneigentum zu schaffen, müssen ganz gezielte Maßnahmen gesetzt werden. Konkret wollen wir einen Wegfall der staatlichen Gebühren und Steuern beim ersten Eigentumserwerb.

Gebührenbremse umsetzen und überzogene Vorschriften abschaffen.

Um eine Senkung der Baukosten zu erreichen, muss es zu einer Abschaffung von überzogenen Vorschriften und unnötigen Normen kommen.

Des Weiteren wollen wir eine Gebührenbremse umsetzen, die sicherstellt, dass Abgaben und Gebühren nicht ständig stärker erhöht werden, als die allgemeinen Preise.

Ohne Deutschkenntnisse keine geförderte Wohnung.

Für uns steht außer Frage, dass Integration eine Bringschuld jener Menschen ist, die in unser Land kommen. Heute müssen wir aber feststellen, dass gerade in Siedlungen und Wohnanlagen mit hohem Ausländeranteil die kulturellen Unterschiede zunehmend für Konflikte sorgen. Vor allem kommt es verstärkt zu Problemen, die bei besseren Deutschkenntnissen vieler Bewohner nicht vorkommen würden.

Das Land sollte daher zwischen jenen differenzieren, die unsere Landessprache erlernen und jenen, die den Spracherwerb verweigern. Wir sagen: Ohne Deutschkenntnisse keine geförderte Wohnung.

Wieder mehr für die Fleißigen tun.

„Leistung muss sich wieder lohnen bei uns im Land.“

Die Politik muss Maßnahmen setzen, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Unternehmerinnen und Unternehmer die Gewissheit haben, dass sich ihre harte Arbeit auch auszahlt.

Wir sagen: Wer arbeiten geht und bereit ist Leistung zu bringen, dem muss es in Vorarlberg möglich sein, mit seinem Einkommen ein gutes Leben führen zu können, Eigentum zu bilden oder ein eigenes Vermögen aufzubauen.

Zudem haben auch all jene, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und zusätzlich vielleicht sogar noch Kinder großgezogen haben, einen Anspruch auf eine gerechte Pension.

Steuern senken. Mehr Geld in der Brieftasche.

Die Steuer- und Abgabenquote bei uns gehört im internationalen Vergleich zu den höchsten. Hier braucht es eine deutliche Senkung, um eine Entlastung der arbeitenden Menschen sicherstellen zu können. Die türkis-blaue Bundesregierung hat hier erste Maßnahmen gesetzt. Es müssen aber weitere Schritte folgen, damit die Steuer- und Abgabenquote rasch auf unter 40 Prozent gesenkt wird und so den Menschen wieder mehr Geld in der Brieftasche bleibt.



Wer arbeitet und etwas leistet, darf nicht der Dumme sein.

Wir müssen auch darauf achten, die Differenz zwischen Arbeitseinkommen und den Leistungen aus dem Sozialsystem gerecht zu gestalten. Wir finden es ungerecht, wenn jene, die hart arbeiten am Ende teilweise weniger herausbekommen, als jene, die keinen Beitrag leisten. Zudem ist ein solches System leistungsfeindlich. Neben der Senkung der Steuer- und Abgabenquote für arbeitende Menschen wollen wir deshalb das schwarz-grüne System der Mindestsicherung rasch durch die neue Sozialhilfe ersetzen.

Gerechte Pensionen sicherstellen.

Wer jahrelang hart gearbeitet hat und vielleicht sogar noch Kinder großgezogen hat, darf am Ende nicht mit einer Minipension abgespeist werden. Wir wollen eine verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Pensionssystem sicherstellen. Zudem dürfen die jährlichen Anpassungen der Pensionen nicht unter der Inflation liegen, weil ansonsten unseren älteren Menschen Jahr für Jahr weniger zum Leben bleibt.

Hilfe für die, die es brauchen.

„Unser soziales Netz soll jenen helfen, die sich nicht selbst helfen können, aber keine Hängematte für Arbeitsunwillige sein.“

Für uns ist klar: Es braucht in unserem Land ein ordentliches soziales Netz, das da ist, wenn man Hilfe braucht. Dieses soziale Netz ist eine der größten Errungenschaften in unserem Land. Es ist Aufgabe der Politik, dieses System zukunftsfähig zu halten und dort anzupassen, wo es notwendig ist.

Dabei muss uns allen klar sein, dass unsere großzügigen Leistungen hart erarbeitet werden müssen. All jenen, die fleißig arbeiten und ihre Steuern und Abgaben zahlen, verdanken wir die Aufrechterhaltung unseres Systems. Deshalb sagen wir: Unser soziales Netz soll jenen helfen, die sich nicht selbst helfen können, aber keine Hängematte für Arbeitsunwillige sein.



Steuergelder für Bedürftige statt für aufgeblähte Verwaltungsapparate.

Um unser Sozialsystem auch in Zukunft finanzieren zu können, müssen wir danach streben, überflüssigen Verwaltungsspeck abzubauen. Die Mittel sind für Bedürftige einzusetzen und dürfen nicht der Bürokratie zum Opfer fallen.

Misstände in der Kontrolle abstellen.

In den letzten Monaten sind in Vorarlberg gerade im Sozialbereich erhebliche Misstände im Bereich der Steuerung und Kontrolle durch das Land ans Tageslicht gekommen. Diese Misstände müssen abgestellt werden. Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger haben ein Recht darauf, dass mit ihrem Steuergeld ordentlich umgegangen wird.

Sozialmissbrauch wirksam bekämpfen.

Ein funktionierender Sozialstaat hat aber auch die Verpflichtung, Sozialmissbrauch, die Ausnützung des Systems und ungerechtfertigte Privilegien zu bekämpfen. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch notwendig, um unser soziales Netz finanzierbar zu erhalten.

Ungerechte Privilegien im Kammern- und Pensionssystem abschaffen.

Gerechtigkeit bedeutet auch, dass man ungerechte Privilegien und Luxuspensionen abschafft.

Besonders im Kammersystem genießen Funktionäre Vorteile und Privilegien. So wird etwa die Funktion des Arbeiterkammer-Direktors in Vorarlberg mit 11.764 Euro vergütet. Das ist mehr als das 5-fache des Durchschnittsverdienstes eines einfachen AK-Mitglieds. Zudem leisten sich Kammerfunktionäre Zusatzpensionen auf Kosten der Allgemeinheit.

Wir fordern die Abschaffung von ungerechten Privilegien im Kammern- und Pensionssystem.

Unsere Maßnahmen:

Wohnen wieder leistbar machen.

- Mietpreise senken
- Gebührenbremse umsetzen, für leistbare Betriebskosten
- Leistbare Startwohnungen für junge Menschen und Familien schaffen
- Eigentumserwerb erleichtern
- Ohne Deutschkenntnisse keine geförderte Wohnung
- Überzogene Bauvorschriften abschaffen

Wieder mehr für Fleißigen tun.

- Steuern auf Arbeit senken – Mehr Geld in der Brieftasche
- Differenz zwischen Arbeitseinkommen und Leistungen aus dem Sozialsystem gerecht gestalten
- Gerechte Pensionen sicherstellen

Hilfe für die, die es brauchen.

- Soziales Netz für Vorarlberger zukunftsfähig halten
- Steuergelder für Bedürftige statt für aufgeblähte Verwaltungsapparate
- Missstände in der Kontrolle abstellen
- Sozialmissbrauch wirksam bekämpfen
- Ungerechte Privilegien im Kammern- und Pensionssystem abschaffen

Wieder mehr auf die Vorarlberger schauen.

„Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Interessen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger in den Mittelpunkt zu stellen.“

In den letzten Jahren fühlen sich immer mehr Vorarlbergerinnen und Vorarlberger mit ihren Problemen alleine gelassen. Das wollen wir ändern.

Wir sehen es als unsere Aufgabe, bei uns im Land wieder die Interessen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger in den Mittelpunkt zu stellen. Ihnen sind wir verpflichtet. Und danach richten wir auch unsere politische Arbeit aus.

Gerade das soziale Netz bei uns im Land muss zuerst für unsere Staatsbürger da sein.

Neben staatlichen, gesetzlich geregelten Kernaufgaben im Bereich der Sozialhilfe, die teilweise auch gemeinsam mit dem Bund geleistet werden, gewährt das Land Vorarlberg freiwillige Sozialleistungen, wie etwa die Wohnbeihilfe, den Familienzuschuss oder den

Heizkostenzuschuss. Alle diese Leistungen fließen auch an Nichtstaatsbürger. Als Ergebnis sind heute bei vielen freiwilligen Sozialleistungen Ausländer als Bezieher überdurchschnittlich vertreten. Diese Entwicklung wollen wir nicht tatenlos hinnehmen, sondern dieser wollen wir entgegenwirken. Nur so können wir unser soziales Netz sichern.

Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen.

„Um unser soziales Netz zukünftig sicherstellen zu können, müssen wir es schützen.“

Unser großzügiges Sozialsystem zieht Menschen an, weil die sozialen Leistungen bei uns bei Weitem höher sind, als in ihrem Heimatland. Das führt zu einer immer stärkeren Belastung unseres Sozialsystems. Das hat zwei Auswirkungen: Erstens werden die, die ihren Beitrag leisten in unserem Land immer größeren Belastungen ausgesetzt, um die Finanzierung des Systems aufrechterhalten zu können. Zweitens werden die sozialen Leistungen am Ende für alle weniger.

Um unser soziales Netz zukünftig sicherstellen zu können, müssen wir es schützen und die Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen.

Schwarz-grüne Mindestsicherung ist ungerecht.

Höchste Zeit für eine Veränderung gibt es beim System der schwarz-grünen Mindestsicherung in Vorarlberg. Wir haben heute nach Wien mittlerweile den höchsten Anteil an Beziehern von Mindestsicherung. 65 Prozent der Zahlungen gehen dabei bereits an Nicht-Österreicher. Das liegt am ungerechten System der schwarz-grünen Mindestsicherung.

Bei der schwarz-grünen Mindestsicherung bekommt jeder Asylberechtigte, der neu zu uns ins Land kommt, von Anfang an die vollen Leistungen, ohne jemals einen Beitrag für unser Land geleistet zu haben. Es reicht, wenn man die Unterschrift unter die Integrationsvereinbarung setzt und schon fließt das Geld. Damit muss Schluss sein.

Gleichzeitig erleben wir, dass viele, gerade in kinderreichen Familien, völlig zu Recht beklagen, dass es sich bei der jetzigen Mindestsicherung fast gar nicht mehr auszahlt arbeiten zu gehen, weil sie kaum mehr herausbekommen, als jene Familien, die Mindestsicherung beziehen.

So gibt es bei uns in Vorarlberg 122 Haushalte, die mehr als 2.000 Euro an Mindestsicherung kassieren (Stand Dez. 2018). 121 davon sind Nicht-Österreicher. Eine solche Entwicklung ist Gift für eine Gesellschaft. Wenn es sich nicht mehr auszahlt arbeiten zu gehen, weil man gleich viel oder mehr bekommt, wenn man nicht arbeitet, obwohl man arbeiten könnte, dann ist das ungerecht. Jemand, der arbeiten geht, muss mehr bekommen als jemand, der nicht arbeiten geht.

Neue Sozialhilfe rasch in Vorarlberg umsetzen.

Mit der neuen Sozialhilfe werden klare Maßnahmen gesetzt, um die Zuwanderung in unser Sozialsystem zu reduzieren. So werden in Zukunft Bezieher mit schlechten Deutschkenntnissen nicht die volle Mindestsicherung erhalten. Erst wenn man eine Integrationsleistung erbracht hat, erhält man volle Leistungen.

Jetzt geht es darum, diese neue Sozialhilfe auch in Vorarlberg rasch umzusetzen. Die Landesregierung steht aber auf der Bremse und will möglichst lange an ihrem ungerechten System festhalten.

Wir wollen Vorarlberg wieder gerechter machen. Wir müssen die Zuwanderung in unser Sozialsystem beenden. Dafür ist es notwendig, die neue Sozialhilfe auch in Vorarlberg rasch umzusetzen.

Sozialleistungen in erster Linie für Staatsbürger.

„Wer sich der Integration verweigert, darf dafür nicht noch belohnt werden.“

Wir wollen einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit für Vorarlberger vornehmen. Sozialleistungen sollen in Zukunft in erster Linie Staatsbürger bekommen. So soll jenen, die schon länger bei uns im Land sind, sich aber der Integration verweigern, die Sozialleistungen gekürzt werden. Wir sagen: Integrationsverweigerer dürfen nicht auch noch dafür belohnt werden.

Für jene, die neu zu uns kommen wollen, soll der Zugang zu Sozialleistungen an die Integrationsleistung geknüpft werden. Zuerst muss ein Beitrag bei uns im Land geleistet werden, bevor man volle Sozialleistungen bekommt.

Auch EU-Bürger sollen nicht automatisch in den Genuss unseres Sozialsystems kommen. Hier soll es einen Zugang erst nach 5 Jahren Aufenthalt geben. Freizügigkeit bedeutet, überall in der Europäischen Union arbeiten zu dürfen. Es bedeutet aber nicht, dass man sich das beste Sozialsystem aussuchen kann.

Unsere Maßnahmen:

- Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen
- Sozialleistungen in erster Linie für Staatsbürger
- Kürzung der Sozialleistungen für Integrationsverweigerer
- Automatischer Zugang zu Sozialleistungen für EU-Bürger erst nach 5 Jahren in Österreich
- Ungerechte schwarz-grüne Mindestsicherung rasch durch neue Sozialhilfe ersetzen



Vorarlberger Familien stärken.

„Die Politik hat den Familien ein Leben nach ihren eigenen Wünschen zu ermöglichen.“

Unsere Familien leisten für unsere Gesellschaft einen enormen Beitrag. Deshalb müssen wir sie ganz besonders unterstützen. Gerade wenn es um die Kinderbetreuung geht, haben wir in Vorarlberg noch einiges zu verbessern.

Dabei ist unser Zugang klar: Die Politik hat den Familien ein Leben nach deren eigenen Wünschen zu ermöglichen.

Wir wissen, dass es gerade heute wieder viele junge Mütter gibt, die nach der Geburt gerne länger bei ihren Kindern bleiben würden. Viele können sich das aber finanziell nicht leisten. Sie müssen dann wieder früher arbeiten gehen, als sie das möchten.

Wir wollen, dass es sich Eltern in Zukunft wieder leisten können, wenn sie in den ersten Jahren bei ihren Kindern zuhause bleiben möchten. Deshalb wollen wir für sie ein spezielles Unterstützungsmodell einführen. Ein Familiengeld für Vorarlberger Familien.

Familiengeld in Vorarlberg einführen.

Das Modell des Familiengeldes sieht vor, dass allen Vorarlberger Familien, solange sie das Kinderbetreuungsgeld beziehen, weil sie sich in dieser Zeit selbst um ihre Kinder kümmern, ein Zuschuss (Familiengeld) gewährt wird. Weil sie es verdienen.

Das Familiengeld soll so ausgestaltet sein, dass die Familien zusammen mit dem Kinderbetreuungsgeld einen Betrag in Höhe der neuen Sozialhilfe (885 Euro) bekommen.

Kein Familiengeld für Deutsch-Verweigerer.

Wenn sich Eltern in den ersten Jahren für die familieninterne Betreuung ihrer Kinder entscheiden, muss eine entsprechende Erziehung und Vorbereitung auf Kindergarten und Schule gewährleistet sein. Dabei spielen etwa Kenntnisse der Deutschen Sprache eine ganz wesentliche Rolle. Familien, die ihre Kinder beim Spracherwerb nicht entsprechend unterstützen oder diesen behindern, sollen deshalb das Familiengeld nicht bekommen.

Kinderbetreuungsangebot ausbauen.

Neben dem Familiengeld müssen wir aber auch für alle, die rasch wieder in den Beruf einsteigen möchten, das Kinderbetreuungsangebot ausbauen. Wir brauchen mehr Plätze und vor allem brauchen wir flexiblere und attraktivere Öffnungszeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Familienleistungen jährlich an die Teuerung anpassen.

Durch die laufende Teuerung verlieren Beihilfen und Auszahlungen der öffentlichen Hand stetig an Wert, wenn sie nicht regelmäßig an die Inflation angepasst werden. Damit es für unsere Familien nicht zu diesen versteckten Leistungskürzungen kommt, wollen wir die Familienleistungen, wie das Kinderbetreuungsgeld, die Familienbeihilfe oder den Familienzuschuss des Landes jährlich der Höhe der Teuerung anpassen.

Verbesserung der Situation für Mehrkind- und Mehrlingsfamilien.

Familien mit mehreren Kindern haben häufig mit finanziellen Nachteilen zu kämpfen. Der Alltag und die finanzielle Absicherung stellen oftmals eine große Herausforderung dar.

Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes für jedes Kind.

Eine bedeutende Maßnahme zur Unterstützung von Mehrkindfamilien wäre die Ausweitung des Kinderbetreuungsgeldes. Derzeit erhöht sich dieses bei Mehrlingsgeburten bei Zwillingen nur um das 1,5-fache, bei Drillingen auf das Doppelte. Wir wollen die volle Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes für jedes Kind auch bei Mehrlingsgeburten sicherstellen.

Unterstützungsbeitrag bei Mehrlingsgeburten einführen.

Eltern haben bei der Geburt von Zwillingen die doppelten Kosten und bei Drillingen die dreifachen Kosten für die Anschaffung der Babyausstattung. Um diese Mehrbelastung für Familien abzufedern, wollen wir in Vorarlberg eine Einmalförderung bei Mehrlingsgeburten einführen. Mit dieser freiwilligen Leistung des Landes Vorarlberg sollen Familien in der ersten Familienphase unterstützt werden. Bei der Geburt von Zwillingen soll die Förderung 500 Euro betragen. Bei Drillingen 1.000 Euro. Für jedes weitere Mehrlingskind soll sich die Förderung um 500 Euro erhöhen.

Unsere Maßnahmen:

- Familien wertschätzen, fördern und stärken
- Echte Wahlfreiheit der Eltern bei der Kinderbetreuung
- Familiengeld für Vorarlberger Familien
- Kinderbetreuungsangebot ausbauen - mehr Plätze und flexiblere Öffnungszeiten
- Familienleistungen jährlich an die Teuerung anpassen
- Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes für jedes Kind
- Einmalförderung bei Mehrlingsgeburten in Höhe von 500 Euro pro Kind einführen



Frauen besser unterstützen.

„Wir wollen echte Chancengleichheit für Frauen.“

Bei uns im Land gibt es immer noch Benachteiligungen der Frauen gegenüber den Männern. Die verfehlte Frauenpolitik, die sich mit Randthemen, wie der Änderung der Bundeshymne und des Binnen-I beschäftigt, hat hier keine Verbesserung gebracht.

Gleichberechtigung statt Gleichmacherei.

Wir wollen gleiche Rechte und Pflichten, vor allem aber Chancengleichheit. Die Probleme, denen Frauen begegnen, erfordern eine Politik, die sich an den realen Lebensumständen orientiert. Aufgabe der Politik muss es sein, die soziale Situation der Frauen zu verbessern,

ohne dabei die natürlichen, geschlechtsspezifischen Unterschiede verändern zu wollen.

Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Nach wie vor herrschen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern. In keinem anderen Bundesland ist diese Differenz größer als in Vorarlberg. So verdienen Frauen bei uns im Land etwa die Hälfte weniger als Männer. Die Gründe für die bestehenden Gehaltsunterschiede sind vielfältig.

Junge Frauen für neue Berufsbilder begeistern.

Zum einen wählen Frauen oftmals eine Beschäftigung in sogenannten Niedriglohnberufen. Der Ausbildung

von Mädchen muss daher seitens der politischen und wirtschaftlichen Verantwortungsträger größeres Augenmerk geschenkt werden. Eine gezielte finanzielle Unterstützung für junge Frauen bei Weiterbildungsmaßnahmen ist geeignet, diese vermehrt für neue Berufsbilder zu begeistern. Es gilt, Möglichkeiten und Perspektiven bei der Berufswahl aufzuzeigen, damit nicht primär Niedriglohnberufe ergriffen werden.

Mit Familiengeld Vorarlberger Frauen stärken.

Ein großer Anteil von Müttern möchte in den ersten Jahren nach der Geburt gerne bei den Kindern zu Hause bleiben und sich um die Erziehung dieser kümmern. Dadurch müssen sie finanzielle Einbußen hinnehmen. Diese machen sich für sie ein ganzes Leben lang bemerkbar. Wir wollen diese finanziellen Nachteile mit dem Familiengeld für Vorarlberger Familien abfedern. Zudem soll Müttern die Rückkehr in das Berufsleben, beispielsweise durch spezielle Kurse, erleichtert werden.

Bessere pensionsrechtliche Anerkennung der Familienarbeit.

Gerade für viele Frauen wirkt sich die Erziehung der eigenen Kinder nachteilig auf die Altersversorgung aus. So werden derzeit maximal die ersten 48 Monate nach der Geburt eines Kindes von der Pensionsversicherung gutgeschrieben. Bei der Geburt eines weiteren Kindes innerhalb von vier Jahren verfallen die Restmonate für das erste Kind. Anspruch auf 48 Kalendermonate als anerkannte Versicherungszeiten haben Frauen also nur dann, wenn sie entweder nur ein Kind bekommen oder der Abstand zwischen den Geburten mehr als vier Jahre beträgt.

Um die Altersvorsorge für die Frauen zu verbessern, wollen wir, dass für jedes Kind volle vier Jahre Erziehungszeit für die Pension angerechnet werden.

Respekt gegenüber Frauen einfordern.

Der Status der Frau in der Gesellschaft ist heute auch bei uns im Land wieder verstärkt Gefahren aufgrund religiöser und kultureller Unterschiede unterworfen. Gerade Teile der muslimischen Migranten zeigen sich Frauen gegenüber oft aggressiv und respektlos. Wir sind aufgefordert, hier keine falsche Toleranz zu üben. Wir dürfen frauenfeindliches Verhalten nicht akzeptieren, sondern müssen den Respekt gegenüber Frauen bei uns im Land selbstbewusst einfordern.

Unsere Maßnahmen:

- Gleicher Lohn für gleiche Leistung
- Unterstützung für Berufswiedereinsteigerinnen
- Familiengeld einführen
- Bessere pensionsrechtliche Anrechnung der Kindererziehungszeiten
- Respekt gegenüber Frauen einfordern



Unsere Jugend – unsere Zukunft.

„Wenn wir Zukunft haben wollen, müssen wir in unsere Jugend investieren.“

Die Zukunft Vorarlbergs liegt in den Händen unserer Kinder und Jugendlichen. Es braucht daher Rahmenbedingungen, die unsere Jugend bestmöglich auf einen erfolgreichen und eigenständigen Lebensweg vorbereiten.

Leistungsfähiges Bildungssystem sicherstellen.

Eine erfolgreiche Bildungskarriere ist der zentrale Schlüssel, um später ein gutes, gelungenes Leben führen zu können. Wir müssen unseren Jugendlichen deshalb ein leistungsfähiges Bildungssystem bereitstellen, das sie auf ihren Ausbildungswegen bestmöglich begleitet und unterstützt. Ziel muss sein, dass kein Jugendlicher auf der Strecke bleibt.

Drogenfrei statt high.

Es ist unsere Verantwortung, Jugendliche bestmöglich vor Alkohol-, Nikotin- und Drogenmissbrauch zu schützen. Wir wollen dazu in erster Linie die Aufklärungsarbeit an unseren Schulen und in der Jugendarbeit forcieren und den Drogenhandel effizient bekämpfen.

Mobilität für junge Vorarlberger fördern.

Gerade für junge Menschen aus den ländlichen Regionen müssen wir die Mobilität bestmöglich sicherstellen. Neben der Verbesserung des Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln brauchen wir auch eine bessere Anbindung an diese, etwa durch flexible Zubringerdienste.

Speziell um unseren Jugendlichen einen sicheren Heimweg zu gewährleisten, wollen wir das Modell der Nachttaxi-Bons in ganz Vorarlberg umsetzen.

Um die Führerscheinausbildung für Jugendliche und deren Eltern kostengünstiger zu machen, wollen wir die Möglichkeit schaffen, die theoretische Führerscheinprüfung im Rahmen der Schul- oder Lehrausbildung als freies Wahlfach zu absolvieren.

Leistbares Wohnen für junge Vorarlberger ermöglichen.

Ein wichtiger Schritt in ein unabhängiges Leben ist für junge Menschen die erste eigene Wohnung. Aufgrund der hohen Wohnkosten können sich aber immer mehr junge Menschen keinen entsprechenden Wohnraum leisten. Wir wollen über ein spezielles Programm für Startwohnungen wieder mehr leistbaren Wohnraum für junge Menschen schaffen.

Unsere Maßnahmen:

- Förderung der Bildungskarriere
- Wirksame Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit
- Schutz vor Drogen
- Mobilität für junge Vorarlberger fördern
- Leistbares Wohnen für junge Vorarlberger ermöglichen

Altern in Würde ermöglichen.

„Wir dürfen nicht akzeptieren, dass immer mehr ältere Menschen in die Altersarmut abrutschen.“

Unsere ältere Generation hat viel geleistet. Sie hat ein Altern in Würde verdient. Um den dritten Lebensabschnitt aktiv und unabhängig gestalten zu können, brauchen sie vor allem wirtschaftliche Sicherheit, auch in Notlagen. Speziell wenn jemand pflegebedürftig wird, muss sich jeder darauf verlassen können, dass er Unterstützung und Hilfe bekommt, ohne dass er seine Existenz und die seiner Angehörigen aufs Spiel setzen muss.

Gerechte Pensionen sicherstellen.

Die ältere Generation hat unser Land aufgebaut. Ihr haben wir unseren heutigen Wohlstand zu großen Teilen zu verdanken. Unsere älteren Menschen haben oft jahrzehntelang gearbeitet und in unser Sozialsystem einbezahlt. Heute sind es aber gerade sie, die unter den steigenden Preisen oft besonders leiden.

Wir dürfen aber nicht akzeptieren, dass immer mehr ältere Menschen in die Altersarmut abrutschen, sondern wir müssen für soziale Sicherheit der älteren Generation sorgen. Entscheidend dafür ist ein gerechtes Pensionssystem.

Wer jahrzehntelang gearbeitet und vielleicht sogar noch Kinder großgezogen hat, darf am Ende nicht mit einer Minipension abgespeist werden, sondern soll im Alter eine gerechte Pension erhalten.

Pensionen in ihrem Wert sichern.

Dazu gehört auch, dass die jährlichen Anpassungen der Pensionen nicht unter der Inflation liegen, weil ansonsten unseren älteren Menschen Jahr für Jahr weniger zum Leben bleibt. Die Pensionen müssen vielmehr in ihrem Wert gesichert werden.

Luxuspensionen abschaffen.

Im Gegenzug müssen immer noch bestehende Sonderpensionsprivilegien im staatlichen und halbstaatlichen Bereich endgültig abgeschafft werden.

Pflege nachhaltig sichern.

Die erfreuliche Entwicklung der steigenden Lebenserwartung – mittlerweile liegen wir in Österreich bei durchschnittlich 84 Jahren – bringt große Herausforderungen im Pflegebereich mit sich. Immer mehr Menschen sind pflegebedürftig. Schon heute ist jede vierte Familie mit Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit konfrontiert. Und das wird in Zukunft mehr und nicht weniger. Das erfordert große Anstrengungen der Politik, um die entsprechende Pflege unserer älteren Menschen sicherstellen zu können.

Wunsch nach Pflege zu Hause erfüllen.

Um in Zukunft eine gute Pflege und Betreuung sicherstellen zu können, müssen wir alles daransetzen, damit Pflege, wenn immer möglich, zu Hause stattfindet. Das ist auch der Wunsch sehr vieler Menschen. Sie möchten so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben. In Vorarlberg werden über 80% der pflegebedürftigen Menschen zu Hause betreut. Wir wollen die Pflege zu Hause weiter stärken. Dazu müssen wir die pflegenden Angehörigen besser unterstützen und die mobilen Hilfsdienste ausbauen.

Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige.

Ein großer Anteil der Pflege wird heute von Angehörigen erbracht. Sie sind die wichtigste Stütze in unserem Pflegesystem. Für sie müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern.

Wir müssen Angebote ausbauen, die unsere pflegenden Angehörigen ohne großen bürokratischen Aufwand entlasten. Vor allem brauchen wir mehr flexible Angebote, um eine bessere Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Berufstätigkeit zu schaffen. Dazu müssen wir die Hauskrankenpflege stärken, die mobilen Hilfsdienste ausbauen, mehr Angebote für stundenweise Betreuung, Kurzzeitpflege, 24-Stunden-Betreuung und die Tagesbetreuung schaffen.

Zudem wollen wir die Pflegekarenz, die Pflegeteilzeit und das Pflegekarenzgeld weiterentwickeln.

Personalprobleme lösen – nicht schönreden.

Personalengpässe im Pflegebereich dürfen von der Landesregierung nicht permanent schöngeredet werden. Wir brauchen mehr Kräfte in der Pflege, denn personelle Unterbesetzungen führen automatisch zu Überlastung und Demotivation. Das ist ein Umstand, der weder für unsere Pflegekräfte noch für die zu pflegenden Menschen tragbar ist.

Wir haben heute sogar die Situation in Vorarlberg, dass aufgrund des Personalmangels Betten in unseren Pflegeheimen leer stehen, obwohl pflegebedürftige Menschen dringend auf einen Heimplatz warten. Hier gilt es alles zu unternehmen, um diesen Missstand zu beheben und die vorhandenen Betten den pflegebedürftigen Menschen auch zur Verfügung zu stellen.

Ja zur Pflegelehre nach Schweizer Vorbild.

Aktuell kann die Ausbildung für Pflege- und Betreuungsberufe erst ab dem 17. Lebensjahr begonnen werden. Es besteht somit eine Lücke zwischen dem Ende der Pflichtschulzeit und dem möglichen Einstieg in einen Gesundheits- und Sanitätsberuf, was dazu führt, dass sie sich schulisch oder beruflich anderweitig orientieren. Dadurch gehen dem Gesundheitssystem viele am Pflegeberuf interessierte junge Menschen verloren. Damit uns niemand, der in jungen Jahren den Pflegeberuf ergreifen möchte, verloren geht, sprechen wir uns für die Einführung einer Gesundheits- und Pflegelehre nach Schweizer Vorbild aus.

Unsere Maßnahmen:

- Gerechte Pensionen sicherstellen
- Pensionen in ihrem Wert sichern
- Luxuspensionen abschaffen
- Stärkung der Pflege zu Hause
- Mehr Unterstützung pflegender Angehöriger
- Ausbau der Hauskrankenpflege, der Mobilen Hilfsdienste, der 24-Stunden-Betreuung und der Tagesbetreuung
- Weiterentwicklung der Pflegekarenz und der Pflegeteilzeit
- Flexible Angebotserweiterung in der Kurzzeitpflege
- Qualitativ hochwertige Pflege garantieren
- Mehr Pflegepersonal schaffen
- Einführung der Pflegelehre
- Erhöhung des Pflegegeldes



Gesundheitsversorgung verbessern.

„Viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger beklagen sich zu Recht über die langen Wartezeiten.“

Für alle Vorarlbergerinnen und Vorarlberger muss unabhängig von Alter, Einkommen und Wohnort, eine qualitätsvolle medizinische Versorgung zur Verfügung stehen.

Gerade im Gesundheitssystem haben sich in den letzten Jahren aber Probleme und Defizite bei uns im Land

entwickelt. So haben wir schon heute im gesamten Gesundheits- und Pflegebereich einen Personalmangel. Dieser wird sich in Zukunft durch die anstehende Pensionierungswelle verschärfen.

Wartezeiten verkürzen.

Viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger beklagen sich zu Recht über die langen Wartezeiten bei Ärzten sowie bei Operationen in unseren Spitälern. Wir sagen: Es muss für wichtige Untersuchungen und Operatio-

nen genau festgelegte Obergrenzen für Wartezeiten geben. Diese müssen ständig kontrolliert und eingehalten werden.

Dem Ärztemangel entgegenwirken.

Um wieder eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung herzustellen, brauchen wir vor allem eine Offensive zur Bekämpfung des Ärztemangels. Wir brauchen sowohl im niedergelassenen Bereich als auch in unseren Krankenhäusern mehr Ärzte.

Dazu müssen wir wegkommen vom leistungsfeindlichen Honorarsystem, hin zu einem attraktiven Arbeitsplatz für Jungärzte. Ebenso ist es notwendig, einen Facharzt für Allgemeinmedizin zu schaffen, um das Fach Allgemeinmedizin als Karrierewahl deutlich attraktiver zu gestalten.

Hausärzte aufwerten.

Vor allem um den überfüllten Spitalsambulanzen entgegenzuwirken, müssen wir im Bereich der Hausärzte Verbesserungen schaffen. Wir brauchen mehr Hausärzte und wir müssen diese vor allem auch deutlich aufwerten. Wir wollen Hausärzte mit einer zentralen Steuerungs- und Lenkungsfunktion ausstatten. Damit in Zukunft nicht der Patient von einem Arzt zum nächsten wandern muss, sondern die medizinische Leistung dort erbracht wird, wo es Sinn macht.

Vorsorgebonus einführen.

Jeder im Gesundheitswesen in die Vorsorge investierte Euro macht sich mehrfach bezahlt. Durch entsprechende Prävention kann es gelingen, die Lebensqualität der Menschen zu steigern und dem Anstieg der Kosten im Gesundheitssystem entgegenzuwirken.



Wir wollen deshalb einen Bonus für jene Versicherten einführen, die sich in regelmäßigen Abständen den empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen unterziehen.

Freie Arztwahl ermöglichen.

Aufgrund der zu geringen Anzahl an Vertragsärzten kommt es zum Teil zu erheblichen Wartezeiten bei diesen. Viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger nehmen deshalb Wahlärzte in Anspruch, die sie aber privat bezahlen müssen. Wenn sie von der Gebietskrankenkasse dann einen Kostenersatz beantragen, kommt es dann oft zu großem Unmut, weil sie nur einen geringen Betrag zurückbekommen.

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass endlich die volle Rückerstattung des Kassentarifes bei Inanspruchnahme eines Wahlarztes erfolgt.

Unsere Maßnahmen:

- Obergrenze für Wartezeiten einführen
- Offensive zur Bekämpfung des Ärztemangels
- Schaffung eines Facharztes für Allgemeinmedizin
- Aufwertung des Hausarztes
- Einführung Vorsorgebonus
- Volle Rückerstattung des Kassentarifes bei Wahlarztbesuch
- Ausbau der Hauskrankenpflege, der Mobilen Hilfsdienste, der 24-Stunden-Betreuung und der Tagesbetreuung
- Einführung der Pflegelehre



Regionalität fördern.

„Die Zukunft findet regional statt.“

Wir müssen alles daransetzen, Regionalität als Perspektive und Chance für unsere heimische Landwirtschaft und die positive Entwicklung des ländlichen Raumes zu begreifen.

Zukunft für unsere heimische Landwirtschaft.

Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten jeden Tag sehr viel und ihre erzeugten Produkte sind von hoher Qualität gekennzeichnet.

Regionale Qualitäts- und Vermarktungsstrategie forcieren.

Vorarlberg wird allerdings aufgrund seiner Struktur niemals mit Großproduzenten am Markt mithalten können. Ziel muss es deshalb sein, verstärkt Produkte aus der Region nicht nur in den Regalen des Handels, sondern auch im öffentlichen Bereich und in der heimischen Gastronomie zu verankern. Besonders das Land Vorarlberg sowie die Gemeinden können durch die verstärkte Verwendung von Ländle-Produkten ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und als wichtiger Partner fungieren.

Durch Regionalität heimische Wirtschaft stärken.

Durch den Kauf und die Verwendung regionaler Produkte wird die lokale Wirtschaft gestärkt und die regionale Wertschöpfung erhöht. Arbeitsplätze werden gesichert und mit der Produktion von Lebensmitteln vor Ort werden auch die Verkehrswege kurz gehalten. Der deutliche Mehrwert sowohl für die Konsumenten als auch für die Produzenten liegt somit klar auf der Hand.

JA zum regionalen Schlachthof.

Für uns steht außer Frage, dass im Sinne der Forcierung der Regionalität die in Vorarlberg gezüchteten Nutztiere auch im Land geschlachtet und nachhaltig verarbeitet werden müssen. Mit einem regionalen Schlacht- und Verarbeitungszentrum werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort gesichert. Zudem ist dies auch im Sinne des Tierschutzes, weil dadurch lange unnötige Tiertransporte verhindert werden.

Alpwirtschaft sichern.

Die naturschonende Bewirtschaftung unserer Alpen ist ein wichtiger Kernbereich der Vorarlberger Landwirtschaft und muss daher weiterhin gesichert werden.

Eine funktionierende Alpbewirtschaftung mit Weidevieh ist nicht nur der beste Schutz vor Vermurungen, sondern ist gleichzeitig aufgrund der gepflegten Kulturlandschaft für den heimischen Tourismus unverzichtbar.

Den ländlichen Raum stärken.

Vorarlberg ist abseits des urbanen Raumes im Rheintal und Walgau nach wie vor sehr stark ländlich geprägt. Diese Vielfalt zeichnet unser Land aus. Deshalb muss sich die Politik zum ländlichen Raum bekennen. Durch eine Stärkung der ländlichen Regionen wollen wir sicherstellen, dass allen Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern die gleichen Chancen zur Verfügung stehen, unabhängig davon, in welcher Gegend des Landes sie leben.

Mobilität im ländlichen Raum verbessern.

Gute Verkehrsverbindungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Aufwertung der ländlichen Regionen. Da im ländlichen Raum der Großteil der Wege mit dem PKW zurückgelegt werden, müssen wir das Straßennetz, dort wo es notwendig ist, ausbauen. Gleichzeitig muss auch der öffentliche Verkehr verbessert und die Anbindung optimiert werden.

Sicherung und Ausbau von Arbeitsplätzen vor Ort.

Damit vor allem junge Menschen nicht immer stärker aus den ländlichen Regionen in die urbanen Räume abwandern, müssen in erster Linie ausreichend Arbeitsplätze vor Ort vorhanden sein. Entscheidend dafür ist eine gute und flächendeckende Infrastruktur. Ansiedlungen von Betrieben müssen unterstützt werden. Eine besondere Chance dafür, dass hochwertige Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden, bietet die Digitalisierung. Deswegen muss sichergestellt werden, dass der Zugang zu schnellem Internet und eine entsprechende digitale Infrastruktur überall in Vorarlberg gewährleistet ist.

Regionale Gesundheitsversorgung gewährleisten.

Großer Handlungsbedarf besteht hinsichtlich der flächendeckenden medizinischen Versorgung im ländlichen Bereich. Immer weniger junge Ärzte zieht es aufs Land. Es müssen die Rahmenbedingungen verbessert und mehr Anreize gesetzt werden. Wir wollen vor allem die Hausärzte stärken und ein Modell der Landarztstipendien einführen.

Nahversorgung in ländlichen Regionen sichern – Wirtshaussterben entgegenwirken.

Aufgrund des Personalmangels und der Abwanderung aus ländlichen Gegenden wird die Situation auch für viele Nahversorger und Gastronomiebetriebe im ländlichen Raum immer schwieriger. Wenn Geschäfte und Wirte folglich zusperren müssen, wird dadurch der ländliche Raum erneut geschwächt. Diesem Trend ist rasch und konsequent entgegenzutreten. Wir müssen alles unternehmen, um die Nahversorgung zu sichern das Wirtshaussterben zu stoppen.

Unsere Maßnahmen:

Zukunft für unsere Landwirtschaft.

- Forcierung einer regionalen Qualitäts- und Vermarktungsstrategie
- Ausbau der Vertragslandwirtschaft
- Regionales Schlacht- und Verarbeitungszentrum umsetzen
- Sicherung der Alpwirtschaft

Ländlichen Raum stärken.

- Öffentlichen Verkehr ausbauen
- Sicherung und Ausbau von Arbeitsplätzen vor Ort
- Regionale Gesundheitsversorgung gewährleisten
- Landarztstipendien einführen
- Nahversorgung sichern
- Wirtshaussterben stoppen
- Kinderbetreuung ausbauen



Einsatz für Tierschutz.

„Tiere als unsere Mitgeschöpfe sind durch respektvollen Umgang vor Qualen und Leid zu schützen.“

Wir wollen den Tierschutz bei uns im Land verbessern und eine aktive Tierschutzpolitik sicherstellen. Für uns ist klar: Tiere als unsere Mitgeschöpfe sind durch respektvollen Umgang vor Qualen und Leid zu schützen.

Vorarlberger Tierschutzstrategie entwickeln.

Um den Tierschutz bei uns im Land zu verbessern, müssen wir unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Vorarlberger Tierschutzstrategie entwickeln. Diese soll klare und einfache Grundsätze für den Tierschutz, bessere Information und Aufklärung der Verbraucher wie auch der Personen, die Tiere halten, beinhalten, sowie die Durchsetzung der Tierschutzvorschriften fördern. Zudem sollen dort konkrete Maßnahmen zusammengefasst werden, die in den nächsten 5 Jahren ergriffen werden sollen, um den Tierschutz bei uns im Land zu verbessern.

Illegale Tiertransporte stoppen.

Vor allem die Diskussion um die Kälbertransporte haben bei uns in Vorarlberg aufgezeigt, dass im Bereich der Tiertransporte längst nicht alles in Ordnung ist. Für uns ist klar: Die Politik muss alles tun, damit es keine illegalen Tiertransporte gibt.

Unterstützung für den Tierschutz sicherstellen.

Immer wieder müssen Tierschutzinstitutionen und Tierheime bei uns im Land mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen und können deshalb ihre wichtige Tätigkeit für den Tierschutz nicht mehr so ausführen, wie es notwendig und wünschenswert wäre. Wir sehen es als Aufgabe der Politik, die das Ziel verfolgt, Vorarlberg als Tierschutzland Nummer 1 zu etablieren, eine ausreichende finanzielle Ausstattung in diesem Bereich zu garantieren.

Verantwortungsvoller Umgang mit Haustieren.

Fast 40 Prozent der Österreicher haben zumindest ein Haustier und für die meisten stellt ihr Haustier eine Bereicherung des Lebens dar. Leider kommt es aber auch vor, dass Haustiere gequält und nicht entsprechend versorgt und gehalten werden. Hier gilt es vor allem im Bereich der Bewusstseinsbildung noch mehr zu unternehmen. Es muss allen klar sein: Tiere sind keine Sachen, sondern Lebewesen und so sollen sie auch behandelt werden.

Kein Platz für Schächten.

Unter Schächten versteht man das rituelle Schlachten von Tieren mittels eines Kehlkopfschnittes. Dieser erfolgt ohne Betäubung, also bei vollem Bewusstsein. Die Folgen: minutenlanger Todeskampf mit großen Schmerzen, Atemnot und Todesangst, bevor das Tier verblutet. Diese barbarische Art der Tötung unter dem Deckmantel der Religionsausübung hat in unserer Gesellschaft nichts verloren.

Unsere Maßnahmen:

- Vorarlberger Tierschutzstrategie entwickeln
- Illegale Tiertransporte stoppen
- Gesicherte finanzielle Unterstützung für den Tierschutz
- Verantwortungsvoller Umgang mit Haustieren
- Kein Platz für Schächten
- Illegalen Welpenhandel stoppen
- Stärkung der Tierschutzombudsstelle
- Artenschutzstation für die Wildtierhilfe realisieren

Direkte

Demokratie ausbauen.

„Die wahren Experten sind die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger. Auf sie gilt es verstärkt zu hören.“

Die Bürgerinnen und Bürger sind es, die im täglichen Leben mit allen möglichen Herausforderungen und Problemen bei uns im Land konfrontiert sind. Deshalb sind sie für uns die wahren Experten. Die Politik muss den Menschen zuhören, um sie zu verstehen und um entsprechend auf deren Anliegen und Bedürfnisse reagieren zu können. Bürgernähe darf daher nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muss ein zentrales Element der Politik bei uns im Land sein.

Mehr direkte Bürgerbeteiligung fördern.

Wir stehen dafür ein, den Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern mehr Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten am politischen Geschehen einzuräumen. Dabei müssen die Beteiligungsmodelle so ausgestaltet sein, dass die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen können, dass ihre Stimme, ihre Anliegen gehört werden und sie mit ihrer Beteiligung auch wirklich etwas verändern können.

Ergebnisse von Volksabstimmungen sind umzusetzen.

Wird ein Anliegen eines Volksbegehrens in Vorarlberg von mindestens 10 Prozent der Stimmberechtigten unterstützt und kommt der Landtag anschließend der Forderung des Volksbegehrens nicht nach, ist eine Volksabstimmung abzuhalten. Der Landtag ist dann allerdings nicht verpflichtet, dem Ergebnis der Volksabstimmung Rechnung zu tragen. Das wollen wir ändern. Ergebnisse von Volksabstimmungen sind umzusetzen.

Unsere Maßnahmen:

- Bürgernahe Politik umsetzen
- Mehr direkte Beteiligung fördern
- Ergebnisse von Volksabstimmungen sind umzusetzen

